



HESSISCHER LANDTAG

24. 01. 2006

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Abg. Fuhrmann, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Dr. Spies, Schäfer-Gümbel (SPD) und Fraktion

betreffend keine Lobby für Familien in der hessischen CDU-Landesregierung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass das Land Hessen seit der Regierungsübernahme von Roland Koch den Kommunen Jahr für Jahr 50 Mio. € Betriebskostenzuschüsse für Kindergärten entzogen hat. Damit sind den Kommunen bis zum Jahr 2006 Verluste in Höhe von 350 Mio. € entstanden. Die schlechte Quote an Betreuungsplätzen in Hessen ist Folge dieser familienfeindlichen Politik.
2. Der Landtag bedauert, dass die Landesregierung in vielfältigen Erklärungen und Aktionen eine familienfreundliche Politik lediglich postuliert, ihren Worten aber keine Taten folgen lässt. Dies liegt leider auf einer Linie mit den Äußerungen der Bundesfamilienministerin, die Beitragsfreiheit für Kindergärten fordert und sich als Retterin der Familien präsentiert. Die unangenehme Finanzierungsfrage wird den Kommunen bzw. dem Bundesfinanzminister überlassen.
3. Der Landtag bedauert außerdem, dass der so genannten "Operation sichere Zukunft" in Hessen eine ganze Reihe von Familien unterstützenden Diensten zum Opfer gefallen ist. Hierzu zählen insbesondere die Erziehungsberatung, die Spiel- und Lernstuben in sozialen Brennpunkten, das Hessische Mütterbüro, die Familien entlastenden Dienste in der Behindertenhilfe, Projekte gegen Gewalt an Kindern, Förderung von Familienverbänden und Familienbildungsstätten, das Programm "Soziale Stadt", die Migrantenberatung, die Schuldnerberatung, die Drogenberatung und viele andere mehr. Auch hier zeigt sich die Familienfeindlichkeit der derzeitigen hessischen Landespolitik.
4. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass sie ihren Lippenbekenntnissen zur Unterstützung von Familien endlich Taten folgen lässt. Die originären Landesmittel für Kinderbetreuung müssen wieder auf das Niveau gebracht werden, das sie zum Zeitpunkt der letzten rot-grünen Landesregierung hatten.

Damit würde auch das Land Hessen wieder einen ernst zu nehmenden Beitrag für mehr Familienfreundlichkeit leisten, so wie dies andere Bundesländer wie Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz etc. längst tun.

5. Der Landtag stellt außerdem fest, dass ein Landesprogramm für ein institutionelles Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren dringend erforderlich ist. Kommunen und freie Träger benötigen dringend Landeszuschüsse für Investitionen und Betriebskosten. Nur auf diesem Weg ist ein qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot sicherzustellen.
6. Der Landtag kritisiert, dass der von der Landesregierung vorgelegte Bildungs- und Erziehungsplan nicht mit entsprechenden finanziellen

Mitteln ausgestattet worden ist. Das Ziel, den Ausbau des Betreuungsangebots mit einer Verbesserung des Bildungsangebots bereits in der frühkindlichen Phase zu verbinden, ist ohne Geld zum Scheitern verurteilt.

7. Der Landtag erwartet, dass die Landesregierung von ihrer familienfeindlichen Politik endlich abrückt und die Interessen von Familien in den Mittelpunkt stellt. Hierzu ist es notwendig, dass der Etat des Sozialministeriums wieder mit entsprechenden Mitteln ausgestattet wird. Ohne Geld ist eine gute, glaubwürdige und effektive Familienpolitik nicht zu machen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 24. Januar 2006

Der Fraktionsvorsitzende:
Walter

**Fuhrmann
Eckhardt
Habermann
Dr. Pauly-Bender
Dr. Spies
Schäfer-Gümbel**